

Zeitschrift: Schweizer Spiegel
Herausgeber: Guggenbühl und Huber
Band: 27 (1951-1952)
Heft: 11

Artikel: Blick auf die Schweiz
Autor: Dürrenmatt, Peter
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1071174>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

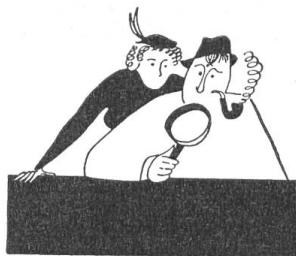
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>



Peter Dürrenmatt

«PUBLIC RELATIONS»

Jedesmal, wenn sich der schweizerische Souverän in einer Volksabstimmung ungebärdig gezeigt und nicht so gestimmt hat, wie es die «Offiziellen» gerne gesehen hätten, versucht man, den Gründen für diese Ungebärdigkeit nachzugehen. So auch nach dem 6. Juli. Dabei werden zum einen Teil für die Nein-Stimmung die sogenannten «anonymen Komitees» verantwortlich gemacht, d. h. Organisationen, die durch Flugblätter und Broschüren ihre Gründe für das Nein bekannt geben, hinter denen aber andere Kreise als die Parteien und die großen Verbandsorganisationen stehen. Die Zahl solcher «Komitees» hat in den letzten Jahren dauernd zugenommen.

Es fragt sich, ob man mit der Behauptung, diese unverantwortlichen Komitees seien die Hauptschuldigen für die Nein-Stimmung, nicht doch an der Oberfläche bleibt. Schließlich geht es nicht gut an, auf der einen Seite immer wieder zu verkünden, wie selbständige und reif der schweizerische Stimmbürger sei, was für einen guten Riecher er für die praktischen Notwendigkeiten der Politik habe, ihn aber im nächsten Atemzug als ein politisches Herdentier hinzustellen, das unbesehen Schlagworte nachlaufe, die von unsichtbaren Leithammeln den Massen im Abstimmungskampf vorangetragen würden. Offenbar ist es doch so, daß jene Schlagworte eben Dinge behaupten, die ziehen, und daß jene Flugblätter Meinungen ausdrücken, die von Tausenden geteilt werden. Man ist deshalb versucht, zu sagen, nicht die Anonymität der Komitees, die sich mit ihren Flugblättern an die Stimmberchtigten wenden, sei das Gefährliche, sondern daß ihre Anonymität den Stimmbürger nicht kümmert — vielleicht, weil er zwischen ihr und der Anonymität des Staates sich entscheiden muß.

In Amerika hat man als Gegengift gegen das in Fülle auftretende, alle Gemeinschaft

zerstörende Formular die «human relations», die Pflege der menschlichen Beziehungen, und die «public relations», die Pflege der Aufklärung gegenüber dem Publikum, entdeckt. Wenn wir bei uns in der Schweiz dem Eindruck wirksam begegnen wollen, der freie Bürger werde allmählich von einer unsichtbaren Schar mächtiger Beamter beherrscht, so müssen wir das über das Mittel der menschlichen Begegnung mit dem Staat versuchen; wir müssen den Staat wieder sichtbar machen. Dafür reicht nicht aus, unsere Bundesräte zu zwingen, jeden Sonntag an einer andern Ecke des Landes im Festzug mitzumarschieren. Aufgabe der Parteien und Verbände wäre es vielmehr, die Bundesräte, aber auch die Chefbeamten der Bundesverwaltung, in kleinen Volksversammlungen von höchstens zweihundert Menschen mit den Bürgern zusammenzubringen, sie dort über ein Sachproblem kurz referieren zu lassen und hernach allen Teilnehmern die Möglichkeit zu geben, offene Fragen zu stellen.

Im Jahre 1921, als der Schreibende noch das Gymnasium Burgdorf besuchte, sprach dort einmal im Staatsbürgerkurs vor höchstens hundertfünfzig Menschen Bundesrat Scheurer über Militärfragen. Nach dem Referat wurden zahlreiche Fragen an ihn gerichtet. Dieses Erlebnis ist dem Schreibenden immer als Muster guter staatsbürgerlicher Schulung in der Erinnerung geblieben. Es wäre auf keinen Fall Zeitverlust, sondern Zeitgewinn, wenn sich die höchsten Magistraten und die Spitzenbeamten der Eidgenossenschaft von mancher Kleinarbeit freimachen und für solche Begegnungen zur Verfügung halten könnten. Der Bürger bekäme auf diese Weise einen unmittelbaren Begriff davon, was es heutzutage heißt, regieren, während die Bundesräte an der Quelle vernähmen, wo die Ursachen für die Neinsageri zu suchen sind.